

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Verleger: Wilsdruffer Verlag, Dresden. Druck: Wilsdruffer Druckerei, Dresden.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 113 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag 15. Mai 1924

Die Linkswahlen in Frankreich

Zu dem für die jetzige Regierung so ungünstigen Ausfall der französischen Wahlen wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Die französischen und die deutschen Wahlen haben eines gemeinsam: in beiden Ländern hat die Regierung bzw. die sie stützende parlamentarische Koalition versucht, die äußere Politik zur Wahlparole zu machen. Bei uns das Sachverständigen Gutachten, die Notwendigkeit, den französischen Nationalismus ebenjowenig zu zeigen wie das Mißfallen des englischen Ministerpräsidenten zu erregen; in Frankreich den Erfolg der Ruhrpolitik, die Unterstreichung und Hervorhebung alles dessen, was Poincaré und der bloc national namentlich in den zwei letzten Jahren erreicht hat gegen Deutschland und gegen - England. Und in beiden Ländern gemeinsam ist, daß die Wähler sich in der Hauptsache von innerpolitischen Gesichtspunkten leiten ließen. Und schließlich war drittens gemeinsam, daß bei uns wie jenseits des Rheins die Regierungskoalition eine Niederlage erlitt. Wobei freilich dort eine Rechts-, bei uns eine Koalition der Mitte geschwächt wurde. War das vorauszusagen bei uns möglich, so bildet das Wahlergebnis in Frankreich für uns aber auch für England und Amerika, eine große Überraschung, da man doch damit gerechnet hat, daß die äußerlich so glänzenden, sicher aber glänzend aufgemachten „Erfolge“ der Poincaré-nationalistischen Politik ihre Wirkung auf die Wählermassen nicht verfehlen würde. Außerdem war doch eine sehr erhebliche Besserung des Frank eingetreten, wodurch der schlimmste Mißerfolg dieser Politik einigermaßen wettgemacht war. Volkstimmung ist eben das unergündlichste auf Erden.

Die Gründe für dieses Ausschlagen des politischen Pendels nach links - denn der bisherige bloc national ist zur harten Widerheit geworden - sind für uns überflüssig. Wir haben nur mit der Tatsache zu rechnen, daß Poincaré eine schwere Niederlage erlitten hat, aus der er die parlamentarischen Folgen ziehen muß. Wobei sich aber sofort die Frage erhebt, ob innen- oder außenpolitische Kursänderungen eintreten werden. Hat aber das französische Volk ein nur innenpolitisches gegen Poincaré gerichtetes Urteil gefällt, so ist damit nicht gesagt, daß im Ziel der französischen Außenpolitik eine solche Änderung eintreten wird. Höchstens in der Methode. Denn Männer wie Barthou, wie Briand haben bei entscheidenden Bestimmungen Poincarés Außenpolitik immer gebilligt, da nun einmal die französische Fahne an der Ruhr aufgeflanzt sei. Dieses Wort Barthous drückt eben nur eine Mißbilligung der Methode, nicht des Ziels aus. Und das gemeinsame Ziel ist - die Rheingrenze, wogegen lediglich hier und da mit lauen Worten, nie durch die Tat die Sozialisten protestiert haben. Und was aus französischen Sozialisten werden kann, wenn sie die politische Verantwortung übernehmen, beweist am besten der Werdegang eines Millerand, eines Briand, eines Hervé und Sembat.

Zweifellos bedeutet aber dieser Umschwung in Frankreich eine Verzögerung in der Klärung der Reparationsfrage. Denn wenn Poincaré nun abtritt, so bleibt er doch als „Geschäftsführer“, bis am 1. Juni die bisherige Kammer sich auflöst und die neue in das Palais Bourbon einzieht. Zergewische Beschlüsse von folgenschwieriger Wichtigkeit wird das Kabinett Poincaré aber natürlich nicht mehr fassen; darum ist auch der Besuch bei Macdonald, der für den 20. d. M. angefragt worden war, bereits wieder abgefragt worden.

Wir Deutsche sind immer noch allzu große Optimisten; man kann es uns nicht verübeln angesichts unserer Lage, Man weiß jetzt nicht einmal, wie die neue Regierungskoalition der Rechten oder der Linken aussehen und ob nicht - trotz allem - Poincaré an irgend einer Ecke doch wieder auftauchen wird. Er hat seinem Land außenpolitisch viel genützt, und in einem Kabinett Barthou oder Briand ist ein Außenminister Poincaré keine Unmöglichkeit.

Ein Block der Mitte?

Berlin, 13. Mai.

Gedächtnis von einem im neuen Reichstag zu bildenden Block der Mitte, richtiger vielmehr einer „Fraktion der Mitte“ schwirren in politischen Kreisen herum. Zwischen den Führern der bürgerlichen Parteien der Mitte hätte in den letzten Tagen eine Besprechung stattgefunden mit dem Ziel der Schaffung eines Blockes der Mitte, bestehend aus Deutscher Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerischer Volkspartei. Diese Parteien sollen sich zu einer „Fraktion“ zusammenschließen, die mit 137 Abgeordneten statt der 105 Deutschnationalen an die erste Stelle treten würden. Das Zentrum, als stärkste Gruppe könnte dann wieder Herr Dr. Marx als Reichstagspräsident wählen. Da die Sozialdemokratie wahrscheinlich einem solchen Koalitionsblocke wohlwollende Neutralität zuteil werden ließe, würde das Amt des Reichstagspräsidenten wieder an den Abgeordneten Pöhlke fallen. Bindende Beschlüsse sollen aber noch nicht gefaßt sein. Köme die Aneinanderreihung zustande, so würden sich die Machtverhältnisse im Reichstage wie folgt verhalten: Block der Mitte 137, Deutschnationale 105, Sozialdemokraten 100, Kommunisten 62, Deutschösterreichische 32.

Die Entente hing seit Chequers nur noch an einem Faden

Ergebnislos r Verlauf der Verhandlungen zwischen Macdonald und den Belgiern.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 14. Mai. „Evening Standard“ macht aufsehenerregende Mitteilungen über die Ergebnisse der Unterredung in Chequers zwischen Macdonald und den belgischen Ministern. Das Blatt schreibt, daß die Unterredung äußerst frohlich und vollkommen ergebnislos verlaufen ist und daß nun der unerwartete Ausbruch des Bruch der Entente und einen Fehlschlag des Dawes-Gutachtens und damit die Möglichkeit einer europäischen Neuordnung überhaupt verhindert habe. Das wäre eine Tatsache, die noch kaum verstanden werde, da Poincaré und der Bloc National gerade in dem Augenblick eine Niederlage erhalten haben, wo es im Interesse Frankreichs, Europas und der Entente notwendig war, besonders aber im Interesse der Entente, die nur noch an einem Faden seit Chequers gehangen habe. Die optimistische Note in der öffentlichen Meinung, die so erfolgreich funktioniert worden ist, ist weiter nichts als ein stark befehlertes Narzissikum, denn trotz der persönlichen Liebenswürdigkeit der Teilnehmer an der Unterredung habe sie mit einer allgemeinen Abflüßung geendet. Die lebenswichtige Haltung Macdonalds habe Poincaré über die dahinterstehende politische Überzeugung getäuscht, Macdonald habe Theunis und Symons bei der Unterredung in nachlässiger Weise über die Fäulnis von der englischen Politik aufklärt. Besonders ist die Haltung von Wallstreet ausschlaggebend gewesen, denn dort hätte man auf dem ehesten Standpunkt bestanden, daß kein Dollar nach Europa gehen werde, wenn der Versuch unternommen werde, die Forderungen der Sachverständigen zu ändern, wie z. B. das Bestehen Frankreichs auf Sanktionen und die Aufrechterhaltung der Eisenbahnregie. Für London brachte diese Haltung von Wallstreet keine Schwierigkeiten, wohl aber für Frankreich.

Londoner Warnung.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 14. Mai. Die „Westminster Gazette“ schreibt im Leitartikel: Es scheint in Deutschland die ziemlich gefährliche Ansicht zu herrschen, daß der Sachverständigenbericht als Grundlage zum Heilsplan zu betrachten sei. Demgegenüber müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß in Großbritannien und in Amerika übereinstimmend die Meinung herrsche, daß es Ganzes entweder angenommen oder aber abgelehnt werden müsse. Auch die Belgier und Italiener schienen dies zu erkennen.

Russische Umarmungen.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Rotterdam, 14. Mai. Die „Morningpost“ meldet aus Moskau: In einem amtlichen Leitartikel der „Iswestka“ wird betont, daß die Sowjetregierung niemals einem Kompromiß mit Deutschland zustimmen werde. Wenn nicht eine befriedigende Genugtuung erteilt werde, würden energische Maßnahmen ergriffen und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Die bei der Durchsicherung der Berliner Handelsvertretung festgenommenen Angestellten, die inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden sind, haben der „Pravda“ zufolge, Schadenersatzansprüche von einer halben Million Goldmark gestellt.

Reichspräsident Ebert auf der Deutschen Tagung.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Berlin, 14. Mai. Reichspräsident Ebert hat dem Deutschen Reichsausschuß mitteilen lassen, daß er an der Deutschen

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet andererseits, daß man dem Plane auch ziemlich zweifelnd gegenübersteht. Auch in Kreisen der Mittelparteien herrsche der Glaube, daß es unmöglich sein werde, die genannten Fraktionen so eng zusammenzuschließen, um eine neue gemeinschaftliche Fraktion darzustellen. Als Gegengewicht käme auch eine sofortige Koalition aller Rechtsgruppen in Frage. In den internationalen Kreisen wird der frühere Berliner Verbandsdirektor Dr. Steiniger als Kandidat für das Amt des Reichstagspräsidenten genannt.

Rede eines holländischen Ministers in Köln.

Köln, 13. Mai.

Das Messeamt in Köln hatte zu einem internationalen Abend eingeladen. Der Leiter des Messeamtes begrüßte die Gäste, darunter Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und den holländischen Minister Treub. Dieser nahm das Wort zu einem Vortrage über Handel und Volkswirtschaft in den drei letzten Jahren. Er sagte u. a.: Es müsse vor allem die Frage der Kriegsschadigung ihre Lösung finden. Deutschland werde schwere Verpflichtungen auf sich nehmen müssen. Diese werde es aber nur erfüllen können, wenn

Tagung, die am 23. Mai 10 Uhr vormittags in der Reichsbotschaft stattfindet, teilnehmen wird.

Um die Regierungsbildung in Bayern.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

München, 14. Mai. Die Tagung der Vorstandschäft der bayerischen Volkspartei ist endgültig auf den 17. Mai anberaumt und wird sich in der Hauptsache mit der Politik der Partei befassen. Im Anschluß an diese Tagung dürften die übrigen Parteien, die das Ergebnis mit einiger Spannung erwarten, ebenfalls zusammentreten. Die Lage im Lande dürfte allmählich klar werden.

Die Gruppierung der neuen französischen Kammer.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 14. Mai. Auf Grund der offiziellen Liste über die Wahlergebnisse ergibt sich folgende Gruppierung der neuen Kammer: 212 früherer Bloc national, 318 Linksblock, 29 Kommunisten. Zwei Möglichkeiten bestehen. Erstens im Falle einer gemäßigten Linkspolitik hat die Regierung 116 bis 120 Stimmen mehr. Für den Fall einer radikalen Linkspolitik wird sich die Regierungsmehrheit um die 52 bis 55 Linksrepublikaner, die den rechten Flügel der Linkspartei bilden, verringern.

Voreilige Kombinationen.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Newyork, 14. Mai. In halbamtlichen Kreisen Washingtons rechnet man mit der Möglichkeit einer Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet für den Fall, daß ein sozialistisches Kabinett in Paris gebildet wird.

Die Isolierung Frankreichs.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 14. Mai. Zu den französischen Wahlen schreibt „Daily Telegraph“, daß ein tiefes Mißtrauen gegen die auswärtige Politik Poincarés zweifellos zu dem sensationellen Ergebnis beigetragen habe. Mit steigender Besorgnis habe das französische Volk seine Isolierung in der Welt verfolgt. Zu lang habe es auf den sichtbaren Erfolg gewartet, der ihm von den Außenpolitikern versprochen sei. „Daily Express“ bezeichnet den Ausgang der Wahlen in erster Linie als ein Mißtrauensvotum gegen die Außenpolitik. Poincaré war nicht Frankreich, sondern es war das Ruhrgebiet. Die Entscheidung des französischen Volkes sei, daß es jetzt endlich erlernet habe, daß Kohlen nicht mit Bajonetten gefördert werden können.

Die Debatte über die Mac Kenna-Zölle.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 14. Mai. Gestern begann anlässlich des Baldwin'schen Antrages im Unterhause die Debatte über die Mac-Kenna-Zölle. Baldwin begründete seinen Antrag mit der Bemerkung, daß es diesem Augenblick äußerster Not unlag sei, diese Zölle aufzuheben, die eine Mehrbeschäftigung der englischen Arbeiterschaft garantierten hätten. Der Schatzkanzler Snowden erwiderte hierauf, Baldwin habe die letzten Neuwahlen durch die Frage der Schutzzölle als der einzigen Lösung der Arbeitslosenfrage erzwungen und habe damit eine Niederlage erhalten. Die Vorbedingungen, die die Erhebung der Zölle während des Krieges gerechtfertigt hätten, seien nicht mehr vorhanden. Die Regierung stehe und falle mit dem Baldwin'schen Antrag. Er erwarte die Entscheidung des Hauses mit Vertrauen und mit der Meinung, daß die Mehrheit die Stellungnahme der Regierung billigen werde. Die Debatte ist noch im Gange.

seine Handelsbilanz wieder aktiv werde. Deutschland habe unter den obwaltenden Umständen ein Interesse an der Ausfuhr der Erzeugnisse seiner Industrie und seines Bergbaues. Bei der geschwächten Kaufkraft müßten überhaupt alle Länder des verarmten Europas darauf bedacht sein, so viel als möglich zu produzieren. Das könnten sie aber nur dann erreichen, wenn sie sich nicht durch hohe Schulden von einander abschließen. Für das Wohlergehen Europas sei es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber von großem Nachteil, daß immer wieder mit der Wahrscheinlichkeit oder der Möglichkeit eines bald ausbrechenden Krieges gerechnet werde. Man möge doch nicht vergessen, daß Europa dann nicht mehr zu helfen sein würde.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 13. Mai. Die heutige Sitzung des Landtages stand unter dem Zeichen einer sogenannten „großen“ politischen Aussprache. Diese drehte sich in der Hauptsache um die Polizei, die neuerlichen Vorgänge innerhalb derselben und die Stellung des Innenministers Müller dazu, die auch den Grund des Mißtrauensantrags bildete, den die Kommunisten gegen den Minister eingebracht hatten. Der Kommunist Wötcher machte es sich mit seiner Begründung des Antrages sehr leicht, er bezeichnete die Polizei in ihrer jetzigen Zusammensetzung als ein Werkzeug des Faschismus. Die Sozialdemokratie, so fuhr er fort, sei kein